



Politische Zwecke – ohne adäquate Mittel unerreichbar

Dr. Klaus Olshausen

September 2023

Zusammenfassung

Der Zusammenhang politischer Zwecke mit dafür adäquaten Mitteln erscheint zwingend. Für die vom „Westen“ im Krieg Russlands gegen die Ukraine immer wieder erklärten politischen Zwecke – Rückzug Russlands aus der Ukraine und Herstellung von Souveränität und territorialen Integrität des Landes – kann man nach über 18 Monaten festhalten, dass die Mittel offensichtlich unzureichend sind. Oft führen eigene und fremde Bedenkllichkeiten, Einwendungen und Vorstellungen sowie Ungewissheit und Unsicherheit dazu, dass Führer, wo sie handeln sollten, in falschen Bedenkllichkeiten steckenbleiben. Letztes Beispiel bilden amerikanische und deutsche Debatten über die Lieferung von ATACMS und TAURUS an die Ukraine. Ohne diese Systeme bleiben russische Versorgungswege und Führungskommandos unbedroht, was die russische Verteidigung stärkt und so den Krieg und das Leiden der Ukrainer verlängert. Entschlossenes Handeln auf allen Gebieten muss Russland vor Augen führen, dass es die Ukraine nicht zerstören und die regelbasierte internationale Ordnung nicht umstülpen kann.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die Reden des amerikanischen Präsidenten, von Bundeskanzler Scholz und einer ganzen Reihe anderer Präsidenten und Regierungschefs vor der VN-Generalversammlung wiederholten und unterstrichen eindrücklich die politischen Zwecke der westlichen Staaten und ihrer Partner für die Auseinandersetzung mit Russlands brutalem Angriffskrieg gegen die Ukraine:

- Russische Truppen müssen sich zurückziehen und
- die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine müssen wiederhergestellt werden.

Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass den ukrainischen Streitkräften wesentliche Mittel fehlen oder nicht in genügender Menge zur Verfügung stehen, um seit Juni bei der Rückeroberung ihrer Gebiete und der Schwächung der russischen Führung und Logistik – auch in der Tiefe – schneller voranzukommen.

Dies zeigt, dass es zwischen den politischen Zwecken und dem notwendigen „Maß der Mittel“, um diese zu erreichen, ein erhebliches Delta gibt. Da alle unterstützenden Staaten politisch – nicht aufgrund völkerrechtlicher Schranken – entschieden haben, keine eigenen Soldaten für den Kampf der Ukraine für ihre Selbstbehauptung einzusetzen, sind natürlich die Anforderungen an die direkte Unterstützung nach Quantität und Qualität, aber vor allem möglichst rascher Verfügbarkeit für die Ukraine von essentieller Bedeutung, um die russischen Truppen aus den inzwischen massiv ausgebauten Verteidigungsstellungen zu werfen.

Betrachtet man das politische und militärische Bild, so wird erkennbar, dass viele westliche Politiker und militärische Führer in der Strategie (wenn sie denn vorhanden ist), von dem geprägt werden, was Clausewitz wie folgt beschreibt: „... In der Strategie, wo alles viel langsamer abläuft, ist den eigenen und fremden Bedenklichkeiten, Einwendungen und Vorstellungen und also auch der unzeitigen Reue viel mehr Raum gegönnt, und da man die Dinge in der Strategie nicht wie in der Taktik wenigstens zur Hälfte mit eigenen leiblichen Augen sieht, sondern alles erraten und vermuten muss, so ist auch die Überzeugung weniger kräftig. Die Folge ist, dass die meisten Generale [aber eben auch politische Führer], wo sie handeln sollten, in falschen Bedenklichkeiten stecken bleiben.“

Dafür gibt es über den Zeitraum der vergangenen 19 Monate zahlreiche Beispiele. Die letzten beiden sind der Umgang mit der Bereitstellung von Kampfflugzeugen und ganz aktuell die immer noch ausstehende Entscheidung von Biden und Scholz für die Lieferung von ATACMS Raketen und TAURUS Marschflugkörpern an die Ukraine. Bei diesen Überlegungen für die Verzögerung sind weniger technische, sondern wieder politische bzw. militärpolitische Einschätzungen ausschlaggebend. Natürlich bleibt es richtig, dass „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel [also auch die Lieferung von Waffen] auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was unter allen Datis des Handelns gibt“.

Der Krieg mit seinen lebendigen und moralischen Kräften erlaubt keine absolute und gewisse Beurteilung, es bleibt also „dem Ungefähr ein Spielraum“ – im Großen wie im Kleinsten – den Mut und Selbstvertrauen der Handelnden auf der anderen Seite ausfüllen müssen.

Ohne ukrainische Waffenwirkung auf militärische Ziele in der Tiefe des russisch besetzten Raumes können vorne eingesetzte russische Truppen weiter ungehindert versorgt und ungestört geführt werden. Da westliche Staaten der Ukraine aus politischen Interessen/Gründen völkerrechtlich gerechtfertigte Angriffe gegen militärische Ziele auf russischem Territorium versagen, sollten wenigstens rasch alle weitreichenden Möglichkeiten unterstützt



und geschaffen werden, russische Truppen und deren Einrichtungen im weitesten Sinne auf dem gesamten illegal besetzten Gebiet zu bekämpfen.

Denn es gilt gerade nach über 18 Monaten Krieg, dass der, "welcher sich [wie Putin] der physischen [und hybriden] Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen muss, wenn der Gegner es nicht tut"

Wenn die westlichen Staaten und ihre Partner der Ukraine die Befreiung ihres besetzten Landes ermöglichen wollen, dann geht es darum, diesen politischen Zweck zum überragenden Kriterium des eigenen Handelns zu machen. Dafür muss jeweils bei den Menschen im eigenen Land Zustimmung erreicht werden. Nach all diesen Monaten des Krieges und der gestückelten und oft verzögerten Lieferung vieler Waffensysteme wird immer klarer, dass ein Zögern durch Selbstabschreckung vor (unwahrscheinlicher) Eskalation Putins den Krieg, das Kämpfen und Leiden verlängert. Russland muss durch entschlossenes Handeln auf allen Gebieten vor Augen geführt werden, dass es die Ukraine nicht zerstören und die regelbasierte Ordnung nicht dauerhaft umstülpen kann.

Wenn der US-amerikanische Fernsehsender NBC am Tag nach Selenskyjs Gespräch mit Biden und seiner Weiterreise nach Kanada nun die unmittelbar bevorstehende Entscheidung von Präsident Biden berichtet, ATACMS zur Verfügung zu stellen, dann wirkt dies nicht wie klares, entschlossenes Handeln der US-Administration für den ständig von vielen Vertretern der Administration wiederholten politischen Zweck.

Und dasselbe gilt dann auch für die deutsche Bundesregierung, die den TAURUS MFK gegenüber den britischen/französischen Marschflugkörpern, die bereits ihre Wirkung für die Ukraine unter Beweis stellen, als technisch so viel anspruchsvoller darstellt.

Sollte der amerikanischen Entscheidung unmittelbar die entsprechende deutsche Zusage erfolgen, dann würde an den langen technischen Prüfungen ein fahler Beigeschmack haften bleiben. Die Länder der Ramstein-Kontaktgruppe sollten sich gegenseitig Mut machen, die Ukraine mit allem zu unterstützen, was sie braucht, um ihr Land zu befreien. Das könnte die Dauer des Krieges drastisch abkürzen, wenn zugleich auch bei den Sanktionen gegen Russland umfassender und konsequenter gehandelt wird.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und wird am 28. August 2023 unter dem Titel „Wir werden es uns weiter schwer machen“ im *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr. 418, erscheinen.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen